



## ***Kurzb e r i c h t***

*über die*

*87. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 4. Februar 2015,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 14:00 Uhr

Der Ausschuss nahm zunächst Berichte aus dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten zu folgenden Themen entgegen:

- **Schreiben des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein u. a. vom 28. Januar 2015 „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ vor dem Hintergrund der Bundesratssitzung am 6. Februar 2015**  
Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN) - [Umdruck 18/3989](#)
- **Verzögerungen bei der Eröffnung der Erstaufnahmeeinrichtung Boostedt, der Auslastung der Erstaufnahmeeinrichtung Neumünster sowie Planungen zu weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen**  
Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN) - [Umdruck 18/3976](#)
- **Gefährdungslage durch terroristische Anschläge in Schleswig-Holstein**  
Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN) - [Umdruck 18/3954](#)

Der Ausschuss kam überein, dass der von Abg. Dr. Bernstein beantragte Bericht des Ministers für Inneres und Bundesangelegenheiten über die **Aktualität des digitalen Kartenmaterials in den Einsatzleitstellen des Landes, insbesondere in der Leitstelle Harrislee**, [Umdruck 18/3979](#), schriftlich geben werden soll.

Er nahm sodann einen Bericht des Ministerpräsidenten über seinen **Umgang mit den Vorfällen in der Justizvollzugsanstalt Lübeck am 24. Dezember 2014 sowie mit an ihn selbst gerichteten Informationen und Beschwerden** auf Antrag des Abg. Dr. Bernstein, [Umdruck 18/3977](#), entgegen.

In einem öffentlichen und in einem nicht öffentlichen und vertraulichen Sitzungsteil beschäftigte sich der Ausschuss außerdem mit einem Bericht der Landesregierung über die **Hintergründe der Abordnung der Lübecker JVA-Leiterin ins Justizministerium** auf Antrag des Abg. Dr. Klug, [Umdruck 18/3978](#).

Der von den Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN gestellte Antrag auf **Aktenvorlage nach Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung: Geiselnahme in der JVA Lübeck**, [Umdruck 18/3992](#), wurde von allen Ausschussmitgliedern unterstützt, sodass das nach Artikel 29 Absatz 2 Satz 2 der Landesverfassung erforderliche Quorum für die Aktenvorlage erreicht ist.

Die Ausschussmitglieder beschlossen einstimmig, in einer gemeinsamen Sitzung mit den beteiligten Ausschüssen eine mündliche Anhörung zu den Vorlagen, Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, **Entwicklung der Zuwanderung, der Einreise von Flüchtlingen und von Asylbewerbern in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2160](#), und dem Bericht der Landesregierung, **Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2190](#), durchzuführen. Die Benennung der Anzuhörenden soll innerhalb von zwei Wochen erfolgen.

Der Ausschuss fasste außerdem den Beschluss, mit der **Durchführung einer Bürgerbeteiligung über das Internet** zu dem Antrag, Demokratie lebt von Beteiligung, [Drucksache 18/2532](#), und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/2557](#), so schnell wie möglich zu beginnen.

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Sechzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**, [Drucksache 18/2314](#), ab. Einstimmig empfahl er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Die Ausschussmitglieder sprachen außerdem die Bitte an das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa aus, eine praxisbezogene Auswertung der im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen zum Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN zur **Änderung des Gesetzes über Kosten im Bereich der Justizverwaltung**, [Drucksache 18/2106](#), vorzunehmen und dem Ausschuss zuzuleiten. Dabei sollen auch die durch die Vorschläge zu erwartenden Kosten berücksichtigt werden.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Beschlüsse der 28. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**  
[Umdruck 18/3751](#)
- **Offenlegung von „Gesetzgebungs-Outsourcing“**  
Antrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/897](#)
- a) **NDR-Staatsvertrag weiterentwickeln**  
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW - [Drucksache 18/1761](#)

**NDR transparenter, partizipativer und bürgerfreundlicher gestalten**  
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN - [Drucksache 18/1834](#)

**b) Versprechen einlösen - Mehreinnahmen an die Beitragszahler zurückgeben**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drucksache 18/1850](#)

Schluss: 18:25 Uhr

gez. Dörte Schönfelder